

Antrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Für ein generelles Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt mehr Transparenz bei Rüstungsexporten. Allerdings wird durch mehr Transparenz kein einziger Waffenexport verhindert.

Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ist genehmigungspflichtig. Aus dem besonderen Charakter der auszuführenden Güter ergibt sich ein besonderes Informationsinteresse der Öffentlichkeit und des Deutschen Bundestages. Der Deutsche Bundestag sollte über größere Waffenexportvorhaben nach dem Vorbild der Praxis in den USA vorab informiert werden. Zudem sollte ein Bericht zu den Genehmigungen regelmäßig vierteljährlich vorgelegt werden. Die Berichte sollten dabei um wichtige Daten erweitert werden, derzeit werden zentrale Informationen ausgespart, wie z. B. der Wert aller tatsächlichen Ausfuhren von Rüstungsgütern eines Jahres, die Höhe der Hermes-Exportbürgschaften von Rüstungsexporten und ggf. Ausfälle sowie bei Kriegswaffen die Nennung der Klarnamen des exportierten Gutes.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein generelles Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird.

Berlin, den 7. Mai 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

